



Kann sich Europa ohne die Vereinigten Staaten verteidigen? Lange galt diese Frage als rein theoretisch. Die sicherheitspolitische Architektur des Kontinents ruhte seit 1945 auf der amerikanischen Schutzgarantie – nukleare Abschreckung, Luftüberlegenheit, strategische Aufklärung. Die Vereinigten Staaten stellten nicht nur Fähigkeiten, sondern auch Führung.

Doch mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und wachsenden Zweifeln an der langfristigen Verlässlichkeit Washingtons rückt eine unbequeme Debatte ins Zentrum: Braucht Europa tatsächlich die volle Bandbreite amerikanischer Militärmacht – oder genügt es, Russland glaubwürdig abschrecken zu können?

Zahlen sprechen zumindest nicht gegen Europa. Rund 450 Millionen Einwohner und etwa 1,5 Millionen aktive Soldaten stehen 144 Millionen Russen und rund 1,1 Millionen Soldaten gegenüber. Das Problem liegt weniger in der Quantität als in Struktur, Koordination und strategischer Kultur.

Der amerikanische Krieg

Die amerikanische Art der Kriegsführung ist geprägt von globaler Machtprojektion und technologischer Überlegenheit. Luftmacht steht im Zentrum, ebenso eine ausgeprägte Sensibilität gegenüber eigenen Verlusten. Diese Logik prägte auch die Nato-Partner. Europäische Streitkräfte wurden interoperabel mit den USA – nicht autonom.

Doch Europas Geografie unterscheidet sich fundamental. Anders als eine durch Ozeane geschützte Supermacht muss Europa territoriale Verteidigung organisieren. Das bedeutet: weniger Expeditionseinsätze, mehr statische Verteidigung, kürzere Nachschublinien, stärkere Resilienz gegenüber hybriden Angriffen.

Eine europäische Art der Abschreckung

Ein „europäischer Weg des Krieges“ würde andere Prioritäten setzen. Anstelle maximaler Luftüberlegenheit könnte der Fokus stärker auf bodengestützter Feuerkraft, Drohnentechnologie, Minen, Verteidigungslinien und schnell mobilisierbaren Reservekräften liegen. Abschreckung hieße dann nicht globale Dominanz, sondern glaubhafte Verhinderung von Geländegewinnen.

Der Krieg in der Ukraine liefert Anschauungsmaterial. Kiew kompensierte fehlende Luftmacht durch Drohnen, Schützengräben und improvisierte Verteidigungssysteme. Zugleich offenbarte der Konflikt die Bedeutung von Cyberabwehr, Sabotageschutz und



Informationskrieg – Felder, in denen viele europäische Staaten noch Defizite haben.

Eine solche Neuausrichtung hätte ihren Preis: höhere Risiken für Soldaten, sichtbar militarisierte Grenzen, politische Spannungen über Führung und Einsatzregeln.

Militärische Fähigkeiten lassen sich kaufen oder entwickeln. Strategische Einigkeit nicht. Europas eigentliche Bewährungsprobe liegt daher weniger in Rüstungsbudgets als in politischer Kohärenz – und in der Bereitschaft, Verantwortung für die eigene Sicherheit tatsächlich zu übernehmen.

Weitere Top-News

Mexiko im Ausnahmezustand

Die Tötung von Nemesio „El Mencho“ Oseguera Cervantes markiert einen Wendepunkt im mexikanischen Drogenkrieg.

Nach einem Militäreinsatz im Bundesstaat Jalisco, bei dem Mexikos meistgesuchter Kartellchef getötet wurde, schlug das Jalisco-New-Generation-Kartell mit koordinierter Gewalt zurück. In mehreren Städten und touristischen Badeorten kam es zu Brandanschlägen und Schusswechseln. Mindestens 62 Menschen starben. Verteidigungsminister Luis Cresencio Sandoval erklärte, man habe „El Mencho“ mithilfe von US-Geheimdienstinformationen und durch die Überwachung einer seiner Partnerinnen lokalisiert.

Die Operation erfolgte vor dem Hintergrund massiven Drucks aus Washington. Präsident Donald Trump hatte Mexiko mit Militärschlägen gedroht, sollte das Land nicht entschlossener gegen die Kartelle vorgehen. Beobachter sprechen von einer der folgenreichsten Eskalationen seit Beginn des sogenannten „Drogenkriegs“ im Jahr 2006. Doch die Geschichte zeigt: Kartelle sind anpassungsfähig. Führungswechsel bedeuten nicht zwingend strukturelle Schwächung.



Washington im Zollchaos

Parallel dazu erschüttert ein Urteil des Obersten Gerichtshofs in Washington die Handelspolitik der USA. Das Gericht erklärte Trumps weitreichende Zollpolitik für unzulässig. Die EU setzte daraufhin ein geplantes Handelsabkommen aus. Die US-Regierung versucht nun, über bestehende Handelsgesetze neue Zölle durchzusetzen – ein Verfahren, das binnen 150 Tagen der Zustimmung des Kongresses bedarf.

Unterdessen sehen sich Verbündete wie Großbritannien, Japan oder Australien mit einem globalen Zollsatz von 15 Prozent konfrontiert. Unternehmen reagieren nervös: Der Logistikkonzern FedEx klagte auf Rückerstattung bereits gezahlter Zölle.

WEITERE NACHRICHTEN

Die britische Polizei verhaftete **Peter Mandelson**, den ehemaligen britischen Botschafter in den USA, wegen des Vorwurfs, er habe Regierungsinformationen an Jeffrey Epstein weitergegeben. Wenige Stunden später wurde er gegen Kaution wieder freigelassen.

Ungarn kündigte an, ein neues Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Russland sowie ein Finanzhilfepaket für Kiew im Umfang von mehr etwa 90 Milliarden Euro zu blockieren.

Der **Internationale Strafgerichtshof** wird entscheiden, ob Rodrigo Duterte, der ehemalige Präsident der Philippinen, sich wegen Tausender außergerichtlicher Hinrichtungen vor Gericht verantworten muss.

Frankreich bestellte den **US-Botschafter in Paris** ein, um gegen die Kritik des Außenministeriums an einem Angriff auf einen rechtsgerichteten Aktivist in Lyon zu protestieren. Der Botschafter erschien nicht, was zu weiteren diplomatischen Verstimmungen führte.

Kanadische Behörden werden sich mit der Führung von OpenAI treffen, nachdem bekannt wurde, dass das Unternehmen die Behörden nicht darüber informiert hatte, dass es Monate vor einer von einer Frau begangenen Mordserie in British Columbia bereits den Zugang dieser



Chatbot-Nutzerin gesperrt hatte.

Iran hat sich geweigert, den Forderungen Trumps in Bezug auf sein Atomprogramm und seine Waffen nachzugeben. Die Führung in Teheran betrachtet Kompromisse als riskanter für ihr Überleben als einen möglichen Angriff der USA.

Trump erklärte, der ranghöchste US-General halte militärische Maßnahmen gegen Iran für ohne weiteres möglich. Dies steht im Widerspruch zu dem, was Berichten zufolge eben dieser General dem Präsidenten zuvor privat mitgeteilt haben soll.

Autor: P. Tiko

Autor: P. Tiko